



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917	241	Kriegsfürsorge. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Celle	247
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Eingriffe in unsere Viehhaltung	244	Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	247
Wirtschaftliche Rundschau	246	Lohnbewegungen und Streiks. Tarif- und Lohnbewegungen	248
		Mitteilungen. Kassenbericht der Unterstützungsvereinnigung	248

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917.

Die internationale Verbindung der Gewerkschaften war während der Kriegszeit nie völlig unterbrochen. Direkt oder indirekt hatten die gewerkschaftlichen Landescentralen Beziehungen zueinander. Auf Vorschlag der holländischen Landescentrale wurde im November 1914 in Amsterdam eine Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingerichtet. Obgleich dadurch für alle Landescentralen die Möglichkeit gegeben war, die Verbindung mit dem I. G. B. aufrechtzuerhalten, wurde der Versuch gemacht, den Sitz des Bundes in ein neutrales Land zu verlegen. Am 15. Februar 1915 haben Vertreter der Gewerkschaften von Frankreich und England in London den Vorschlag der Sitzverlegung beraten und in einem Schreiben vom 16. Februar den Präsidenten der American Federation of Labour ersucht, seinerseits für die Durchführung des Vorschlages zu wirken. Obgleich von dem Präsidenten des I. G. B. und dem der holländischen Landescentrale nachgewiesen wurde, daß die Sitzverlegung nicht geeignet sei, die internationale Verbindung zu fördern, ist von den Vorsitzenden der Landescentralen von England und Frankreich am 14. Mai 1915 ein Rundschreiben versandt, in welchem an alle Landescentralen die Aufforderung gerichtet wurde, dafür zu stimmen, daß der Sitz des I. G. B. nach Bern verlegt wird.

Der Präsident des I. G. B. teilte daraufhin allen Landescentralen mit, daß die Sitzverlegung nicht auf dem Wege einer Umfrage, sondern nur durch eine internationale Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden könne. Die internationale Konferenz sollte von der Zweigstelle des I. G. B. in Amsterdam einberufen werden. Die Mehrheit der Landescentralen erklärte, daß während des Krieges eine Aenderung in dem I. G. B. nicht eintreten solle und eine Konferenz deshalb nicht notwendig sei.

Am 5. Juli 1916 tagte in Leeds (England) eine Gewerkschaftskonferenz, an der Vertreter der gewerkschaftlichen Landescentralen von England und Frankreich und von Gewerkschaftsgruppen in Italien und Belgien teilnahmen. Diese Konferenz stellte ein Programm gewerkschaftlicher Forderungen auf, die in dem Friedensvertrag festgelegt werden sollten. Dies Programm wurde im November 1916 von einer Konferenz der Landescentralen von Dänemark, Schweden

und Norwegen zur Durcharbeitung dem I. G. B. überwiesen. Es sollte dann eine internationale Gewerkschaftskonferenz endgiltig Beschluß fassen. Die Arbeiten wurden so beschleunigt, daß die Materialien Mitte Februar zum Versand fertig waren. Durch die Verschärfung des Kriegszustandes wurde ihre Versendung verhindert. Immerhin stand in Aussicht, daß für Mitte 1917 eine internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen würde.

Auf dem Kongreß der Gewerkschaften Frankreichs, Weihnachten 1916, erklärten deren Vertreter, daß sie eine Konferenz beschicken würden, die von dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund in die Schweiz einberufen wird. Mit der Einberufung durch die Schweiz erklärten sich alle Landescentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den I. G. B. gezahlt hatten, einverstanden. Daraufhin wandte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund am 28. März 1917 an die Landescentralen von Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien und Spanien mit dem Ersuchen, sich für die Teilnahme an einer von ihm einzuberufenden internationalen Gewerkschaftskonferenz zu entscheiden.

Während diese Verhandlungen schwebten, wurde bekanntgegeben, daß voraussichtlich am 10. Juni 1917 in Stockholm eine internationale sozialistische Konferenz tagen würde, die für den Frieden wirken sollte. Es erschien notwendig, dieser Konferenz auch die gewerkschaftlichen Friedensforderungen zu unterbreiten. Diese mußten jedoch zunächst auf einer Gewerkschaftskonferenz beraten werden. Deshalb wurde eine solche von der Zweigstelle des I. G. B. in Amsterdam für den 8. Juni 1917 nach Stockholm einberufen, nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund erklärt hatte, die Einberufung nicht übernehmen zu können.

Die Konferenz tagte im Sitzungsaal der schwedischen Landescentrale und wurde von Lindquist eröffnet. Lindquist sagte bei der Eröffnung, daß der Krieg viele internationale Bande zerrissen habe und es das erstemal seit Kriegsbeginn sei, daß eine größere Anzahl Vertreter gewerkschaftlicher Landescentralen sich zusammengefunden hat. Die skandinavischen Länder waren stets bemüht, die internationalen Fäden wieder anzuknüpfen. Hierzu bot die für den 10. Juni in Aussicht genommene sozialistische Konferenz erneut Gelegenheit. Es sind Vertreter für neun Länder zur Konferenz gekommen. Vertreten sind:

der Internationalen Konferenz übernehmen, sondern nur so, daß man beiderseitig sein Einverständnis mit unsern Bemühungen bekundet hat. Nur dann werden wir mit Sicherheit darauf zählen können, daß die Konferenz in dem wünschbaren Umfang zustande kommt.

Gegenüber der Einladung aus Holland, die uns soeben zugekommen ist, werden wir zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Lehnen die Landescentralen der Entente-Länder die Teilnahme ab, so wird die Konferenz zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, denn die Vertreter der Centraalländer und die wenigen Neutralen können doch nicht den Internationalen Gewerkschaftsbund repräsentieren, so wenig wie die Konferenz von Leeds.

Sollten die Franzosen, Italiener oder Engländer, oder wenigstens die eine oder andere der Landescentralen, die Beteiligung zusagen, so werden wir ebenfalls erscheinen.

Das uns übermittelte Material ist wie gewünscht weiter speidiert worden.

Mögen nun die Hindernisse, die unserer gemeinsamen Arbeit heute noch im Wege stehen, bald weggeräumt sein und allgemein die Erkenntnis Platz greifen, daß die Arbeiterschaft über alle Länder und Meere sich wieder die Hände reichen und zu gedeihlicher Arbeit zusammenwirken muß.

Bei der Zweigstelle des I. G. B. in Amsterdam waren auf die telegraphische Einladung zur Konferenz Antworten der Landescentralen von England, Spanien und den Vereinigten Staaten eingegangen. Die erstere teilte mit, sie „kann die Konferenz nicht beschicken, da Zeit, um Delegierte anzuweisen, zu kurz und Angelegenheit zu wichtig ist, um ohne Mandate zu sprechen“. Spanien telegraphierte, daß es zurzeit unmöglich sei, einen Delegierten zu entsenden. Die Landescentrale der Vereinigten Staaten hielt die Frist für die Berufung der Konferenz für zu kurz, um zur Sache Stellung nehmen zu können.

Unter diesen Umständen, jagte Legien, dürfte es nicht zweckmäßig sein, auf dieser Konferenz in die sachliche Beratung der gewerkschaftlichen Friedensforderungen einzutreten. Die heutige Tagung solle vielmehr die Einladung zu einer neuen Konferenz erlassen, und zwar für eine Zeit und an einem Ort, die es allen Landescentralen möglich machen, sich vertreten zu lassen. Ein Erfolg kann nur dann erzielt werden, wenn die Gewerkschaften aller Länder sich über die zu stellenden Forderungen völlig einig sind. Man dürfe keiner Regierung Gelegenheit geben, zu erklären, daß die Gewerkschaften eines Landes die eine oder die andere gewerkschaftliche Friedensforderung sich nicht zu eigen gemacht haben. Dadurch könnte die ganze Aktion vereitelt werden. Wir müssen alle gewerkschaftlichen Landescentralen vor die Frage stellen: Wollt ihr gemeinsam mit den Gewerkschaften aller Länder reine Arbeiterfragen beraten, die mit der Schulfrage am Krieg, mit Ursachen und Ausgang des Krieges und mit den Friedensbedingungen nichts zu tun haben?

Es handelt sich um die Zukunft der Arbeiterklasse, um die Sicherung des Rechtes der Arbeiter, ihres Lohnes und ihrer Gesundheit. Wir wollen sehen, welche Landescentrale es wagen könnte, die Teilnahme an einer solchen Konferenz abzulehnen. Deshalb erscheine es notwendig, heute keine Beschlüsse zu fassen. Trotzdem wird die heutige Konferenz eine große Bedeutung haben, weil sie den Anlaß zu neuer internationaler gewerkschaftlicher Betätigung geben wird.

Die weiteren Redner, Lindquist, Oubegeest, Queber, Söderberg, Ole D. Lian und Jaszai schlossen sich diesen Ausführungen an. Auf Anregung Quebers wird beschlossen, auch ein Telegramm nach Paris zu senden, das auf die in

Leeds beschlossenen gewerkschaftlichen Forderungen Bezug nehmen soll.

Die Vertreter der neutralen Länder werden dann beauftragt, ein Manifest auszuarbeiten, während eine andere Kommission den Entwurf des Telegramms nach Paris fertigstellen soll.

Das Manifest erhält nach kurzer Beratung in der Konferenz folgenden Wortlaut:

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917, zu der die Gewerkschaften in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz in Leeds vom Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des I. G. B. genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeitervertretung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf das stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in eine endgültige Beratung einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht ist. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz, nicht nach den Bestimmungen des I. G. B. nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei der Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Zu lange schon hat der Krieg die Arbeiterschaft international getrennt. Sie auf dem Boden des Kampfes für Arbeiterrecht und Arbeiterschutz wieder zu einigen, ist eine hohe Pflicht, an deren Erfüllung wir gemeinsam arbeiten müssen.

Mit brüderlichem Gruß

Landsorganisationen i Sverige.

Lindquist. Söderberg.

De Samvirkende Fagforbund i Danmark.

Madfen. Oebeol.

Arbeidernes fagl. Landsorganisation.

Ole D. Lian. Harø.

Nederlandsch Verbond van Vakverenigingen.

Oubegeest.

Suomen Ammattijärjestö.

Wiit.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Legien. Bauer. Sassenbach.

Gewerkschaftskommission Oesterreichs.

Queber.

Ungarländischer Gewerkschaftsrat.

Jaszai.

Centralkommission der Gewerkschaften Bulgariens.

Sakaroff.

Holland: Dubegeest (Vertreter der Zweigstelle des J. G. B. in Amsterdam).

Dänemark: Nadsen und Gedehol.

Norwegen: Ole O. Rian und Harö.

Schweden: Lindquist und Söderberg.

Finnland: Wiif.

Deutschland: Bauer, Regien und Sassenbach.

Oesterreich: Queber.

Ungarn: Jaszai.

Bulgarien: Sakaroff.

Das Protokoll führte der Sekretär der schwedischen Landeszentrale Thorberg. Die Uebersetzung, es wird in schwedischer und deutscher Sprache verhandelt, machte Janijon-Berlin.

Auf Anregung von Söderberg gibt der Präsident des J. G. B. Regien eine Darstellung der Vorgänge, welche die Einberufung der Konferenz veranlaßten. Hierbei verlas er das folgende Schreiben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 24. Mai 1917:

„Auf Ihr zweites Telegramm, die Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz betreffend, haben wir die Angelegenheit in einer speziellen Sitzung des Bundeskomitees behandelt und, wie wir Ihnen bereits telegraphisch zur Kenntnis gebracht, beschlossen, im gegenwärtigen Moment von der Einberufung einer Konferenz Umgang zu nehmen.

So wie die Dinge heute liegen, halten wir es für ausgeschlossen, daß eine Einladung Erfolg haben könnte. Wir haben Ihnen unter dem 28. März eine Abschrift des Rundschreibens an Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien und Spanien zugesandt. Sie könnten aus jenem Schreiben ersehen, daß es uns darauf ankommt, von den Landeszentralen der Entente-Länder erst einmal die Zustimmung zu erlangen, daß sie einer evtl. Einladung unsererseits Folge geben würden.

Nach Verlauf mehrerer Wochen erhielten wir von der Schweiz. Postdirektion die Mitteilung, das Schreiben an die spanische Landeszentrale sei von der franz. Militärbehörde angehalten worden und werde nicht speidiert. Eine Beschwerde an die französische Gesandtschaft in Bern blieb unbeantwortet.

Auf zwei Anfragen bei Jouhaux in Paris, ob er das Rundschreiben erhalten habe, lief am Tage, als unsere Bundeskomiteesitzung stattfand (20. Mai), ein Telegramm ein, weder die erste Anfrage, noch das Rundschreiben sei in seinen Besitz gelangt. Wir werden es daher ein zweites Mal versuchen müssen.

Von Italien kam keine Antwort. Wir nehmen an, daß auch dort das Rundschreiben der Zensur zum Opfer gefallen ist, denn nach einem Zeitungsbericht fand dort am 24.—25. April eine Gewerkschaftskonferenz statt. In dem Bericht ist jedoch das Rundschreiben mit keinem Wort erwähnt, trotzdem doch sicher angenommen werden darf, daß man darüber gesprochen hätte, wenn es vorgelegen hätte.*)

Ueber Belgien sind wir nicht orientiert. Von Amerika kam auch noch kein Bericht, die Zeit dafür ist wohl bei den jetzigen Verbindungen zu kurz bemessen.

Dagegen hat Appleton, England, das Schreiben erhalten. Er antwortete am 9. Mai folgendes:

Herrn Karl Dürr, Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstr. 6, Bern.

Bester Genosse!

Ihr Schreiben vom 28. März ist vom leitenden Ausschuss der General Fed. of Trade Unions behandelt worden. Ich soll Ihnen mitteilen, daß der leitende Ausschuss noch immer der Meinung ist, daß eine allgemeine

*) Siehe die nachträglich eingelaufene Mitteilung der italienischen Landeszentrale am Schluss des Berichtes.

Konferenz des internationalen Verbandes der Gewerkschaften unmöglich ist, solange noch so viele Völker im Kriege stehen. Die Empfindung des Ausschusses — die ich vollständig teile — ist, daß eine Konferenz mehr schaden als nützen könnte, solange die Wogen der nationalen Erbitterung so hoch gehen.

Zu Ihrer Information lege ich die Abschrift eines Briefes bei, den ich an den amerikanischen Gewerkschaftsbund (Am. Fed. of Labor) geschrieben habe.

Ihr treuergebener: B. A. Appleton.

Das Schreiben an Compers lag bei und lautet:

Herrn Samuel Compers, Präf. des Amerikan. Gewerkschaftsbundes, Amerikan Federation of Labor Building, Washington.

Bester Herr und Bruder!

Der leitende Ausschuss (Management Committee) hat in Ermangelung anderer Informationen die Zeitungsberichte über die Arbeiterkonferenzen diskutiert, die auf Anregung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes von der Regierung abgehalten wurden (arranged) und war einstimmig der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn die Veranstaltung von den nationalen Verbänden von sich selber ausgegangen wäre.

Während der Ausschuss die Teilnahme an internationalen Arbeiterkonferenzen, die von der Regierung veranstaltet (arranged) werden, nicht für wünschenswert hält, ist er einstimmig für die Beschickung eines Kongresses der führenden Arbeiterverbände der alliierten Länder. Er ist der Meinung, daß eine solche Konferenz von der französischen Confederation Generale du Travail oder vom amerikanischen Gewerkschaftsbunde (Am. Fed. of Labor) einberufen werden sollte. Das Programm, das nach der Konferenz von Leeds veröffentlicht wurde, könnte eine passende, wenn auch nicht ausschließliche Grundlage der Diskussion bilden.

Der Ausschuss beauftragt mich ferner, Ihnen zu sagen, daß er für Ihre Bemerkungen und Rat schläge dankbar sein würde. Ihr treuergebener: B. A. Appleton.

Die beiden Schreiben sind im Original in englischer Sprache abgefaßt. Es scheint nach ihrem Inhalt die Teilnahme von England an einer Konferenz vorläufig aussichtslos zu sein, wenn nicht die Einladung an England noch von anderer Seite (Frankreich) unterstützt wird. An die Beteiligung Amerikas darf man, wenn die Meldungen aus Amerika nur einigermaßen zuverlässig sind, schon gar nicht denken.

Wir haben aber auch noch andere Bedenken. Die Vorbereitungen für die Diskussion des Leeds-Programms scheinen uns noch so wenig vorgeschritten zu sein, daß sich die Einberufung einer Konferenz auf telegraphischem Wege mit so kurzer Frist nicht rechtfertigen würde. Ob die Behandlung anderer Fragen, vorab der Bedingungen eines allgemeinen Friedens, für die Gewerkschaften jetzt opportun ist, möchten wir sehr bezweifeln. Es wird vorerst abzuwarten sein, ob die leider in viele Lager gespaltenen politischen Vertretungen der Internationalen imstande sind, unter sich selbst eine Einigung anzubahnen, die eine Basis für ein gedeihliches Zusammenarbeiten abgeben könnte.

So sehr wir selber unter dem Kriege leiden und täglich noch schlimmeres zu gewärtigen haben, so sehr wir mit allen Fasern unseres Seins den Frieden herbeiführen, so wollen wir doch peinlich erwägen, was im Interesse der Sache zu tun ist. Wir urteilen ohne Vorurteil. Man wird uns befähigen müssen, daß der Schweiz. Gewerkschaftsbund in allen Phasen des Krieges eine korrekt neutrale Haltung eingenommen hat. Wenn wir das Mandat übernommen haben, die gerissenen Fäden im internationalen Gewerkschaftsbund wieder zu knüpfen, so kann das nicht auf die Weise geschehen, daß wir einen einseitig erteilten Auftrag auf Einberufung

Auf Antrag von Hueber wird folgendes Telegramm an Joubaux-Paris beschlossen:

„Die am 8. Juni in Stockholm tagende Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftlichen Landeszentralen von Oesterreich, Ungarn, Deutschland, Bulgarien, Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Zweigstelle des I. G. V. in Holland begrüßen die Beschlüsse von Leeds im Juli 1916 als bedeutungsvolle Kundgebungen für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen, die durch den Krieg entstandene Entfremdung beseitigen zu wollen. Diese Anerkennung auszusprechen, hält die Konferenz als ihre Pflicht und ersucht, diese Mitteilung an die Organisationen, die in Leeds vertreten waren, weiterzugeben.“

Lindquist.

An den Arbeiter- und Soldatenrat in Petrograd, dem von Kopenhagen aus eine telegraphische Einladung zur Stockholmer Konferenz gesandt war, wird auf Antrag von Legien folgendes Telegramm gerichtet:

„Die am 8. Juni in Stockholm versammelten Vertreter der Gewerkschaften begrüßen den Arbeiter- und Soldatenrat und erwarten für die nächste internationale Gewerkschaftskonferenz am 17. September in der Schweiz Vertreter der Gewerkschaften Rußlands.“

Lindquist.

Den Konferenzteilnehmern wird dann noch von Legien ein bereits im April 1916 fertiggestellter Entwurf für eine Reorganisation des I. G. V. mit dem Bemerkten übermittelt, daß die Vorlage vorläufig nur der Information dienen soll. Ihre Beratung kann erst auf einer ordentlichen Konferenz des I. G. V. nach Schluß des Krieges erfolgen. Den nicht vertretenen Landeszentralen wird der Entwurf von dem Landessekretariat in Schweden zugesandt werden. Dieses soll auch den nicht vertretenen Landeszentralen den Beschluß auf Einberufung der Konferenz für den 17. September 1917 telegraphisch mitteilen und das Manifest und das Material versenden.

Lindquist dankt in seiner Schlußrede allen Teilnehmern der Konferenz und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die heute beschlossene Einladung dazu beitragen werde, die Fäden zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der ganzen Welt wieder anzuknüpfen, und daß am 17. September in der Schweiz Vertreter aus allen Ländern begrüßt werden können.

Hueber spricht namens der Delegierten den Freunden von den schwedischen Gewerkschaften herzlichen Dank für die so freundliche Aufnahme in ihrem Lande aus. Vielleicht könne man bald im Frieden zu einer ordentlichen Konferenz zusammenkommen.

* * *

Von der italienischen Landeszentrale erhielt der Schweizerische Gewerkschaftsbund auf die Einladung zur Stockholmer Konferenz folgendes Schreiben:

Mailand, den 28. Mai 1917.

An den Schweizerischen Gewerkschaftsbund

Bern.

Da ich von Mailand abwesend war, kommt Antwort auf Telegramm erst heute. Wie schon mitgeteilt, können die Italiener nur an solcher Konferenz teilnehmen, an der die Gruppen beider kriegführenden Staatsgruppen teilnehmen. Da die Zeit bis 8. Juni zu kurz, um auch nur materielle Möglichkeit zu schaffen, nach Stockholm zu gehen, dann, weil keine Garantie vorhanden, daß die Syndikate der Entente

daran teilnehmen und wegen der geringen Klarheit der ordne del giorno (Tagesordnung) der Konferenz, ist es uns unmöglich, unsere Vertreter dorthin zu senden.

Mit Gruß

Rinaldo Rigola, Generalsekretär.

Da hier nur eine Antwort auf die Konferenz Einladung gegeben wird, so ist die Vermutung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, daß die italienische Landeszentrale sein Schreiben vom 28. März 1917 nicht erhalten hat, zunächst noch berechtigt.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Eingriffe in unsere Viehhaltung.

Die Maßnahme des Kriegsernährungsamtes, an Stelle der gekürzten Protration ein höheres Quantum Fleisch der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, hat vielfach Anfeindungen, besonders in landwirtschaftlichen Kreisen gefunden. Man wies darauf hin, wie schwer dieser Eingriff die Landwirtschaft trifft, da es sich ja nicht um eine freiwillige Abgabe, sondern auch um Anwendung von Zwangsmitteln handelt, um das nötige Schlachtvieh aufzubringen. Zwar wurde zugegeben, daß die Rindviehhaltung während des Krieges nicht zurückgegangen ist, sondern im Gegenteil zunahm, aber bei dem Fehlen von Pferden müsse auf die Rinder als Spannvieh zurückgegriffen werden. Ferner machte man geltend, daß ein Rückgang bei unsern Viehbeständen auch nachteilig wirke in der Verwendung des Stalldüngers und damit indirekt die landwirtschaftliche Produktion Schaden leidet. Die Berechtigung dieser Einwände ist nicht von der Hand zu weisen, es fehlt nur dabei die Erwägung, wie wir bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung ein Auskommen ermöglichen können.

Für den größeren Eingriff in die Viehbestände sprechen zwei wichtige Argumente. Zunächst galt es, den vorübergehenden Mangel an Kartoffeln und Brot durch eine höhere Fleischration auszugleichen, da die zugeteilten Mengen so gering waren, daß ohne diesen Ausgleich ein Auskommen für die städtische Bevölkerung ganz unmöglich war. Das konnte auch um so unbedenklicher geschehen, als, wie schon bemerkt, unsere Rindviehbestände im März d. J. eine Zunahme von nahezu einer halben Million gegenüber der Zählung am 1. Dezember 1916 aufwiesen. Der zweite sehr beachtliche Grund für die größere Abschachtung war, daß unsere Futtermittel für einen so großen Viehbestand nicht auslangen, da uns die sehr erhebliche Zufuhr aus dem Auslande, die wir in Friedenszeiten zu verzeichnen hatten, fehlten. Die Folge dieses Futtermangels war, daß in wichtige Bestände der Nahrungsmittel, die für die menschliche Ernährung bereitgestellt werden mußten, seitens der Viehhalter eingegriffen wurde. Besonders trüb trat dieser Zustand bei der Schweinehaltung hervor. Wir hatten zwar eine ungünstige Kartoffelernte, aber auch die ungünstige Ernte hätte den Bedarf der Bevölkerung decken müssen, wenn das Verbot der Kartoffelverfütterung strikte durchzuführen wäre. Die Kartoffelernte wird amtlich auf 25 Millionen Tonnen geschätzt, während die Bevölkerung von rund 51 Millionen Versorgungsberechtigten bei einem Verbrauch von 1 Pfund pro Kopf und Tag ungefähr einen Anspruch von 9 Millionen Tonnen Kartoffeln ergeben würden. Die Einwände, daß sehr viel Kartoffeln verdorben sind, der Abzug eines Verbrauchs für Saatzwede und

Spiritusfabrikation, erklären bei weitem nicht das sehr große Quantum der fehlenden Kartoffeln, die keinen anderen Weg genommen haben, als in den Viehtrog. Bei dieser Aufstellung ist immer noch zu berücksichtigen, daß die 9 Millionen Tonnen bei den geringen Rationen, die die Bevölkerung erhalten hat, wohl kaum zur Hälfte aufgebracht sind. Wir kommen über die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung nicht hinaus, solange die Gefahr der großen Verfüterung besteht, alle Maßnahmen werden wirkungslos, wenn es nicht möglich ist, für die Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel zu sichern. Aus diesem Grunde sind wir leider genötigt, die Schweinehaltung einzuschränken, da wir sonst im kommenden Jahre mit noch größeren Unzuträglichkeiten in der Kartoffelversorgung zu rechnen haben, als gegenwärtig. Für die Rindviehaufzucht fehlen Kraftfuttermittel, die in Friedenszeiten vom Auslande bezogen wurden, die Rückstände aus der Zucker- und Spiritusfabrikation stehen nicht mehr in dem Umfange zur Verfügung, als in Friedenszeiten. Das Verfüttern von Getreide für die Aufzucht muß im Interesse der Volksernährung streng untersagt werden. Dabei erkennen wir zugleich, daß bei großen Rindviehbeständen die Gefahr einer erheblichen Verwendung von Brotfrucht und Gerste für die Viehhaltung besteht. Die entstandenen großen Fehlbestände in diesem Jahre nötigten uns, die Brottration zu vermindern. Gewiß wird für die weitere Folge das Fehlen von Fleisch und Fett sich sehr unangenehm bemerkbar machen, aber härter ist es für die Bevölkerung, auf Kartoffeln und Brot zu verzichten. Berücksichtigen wir, daß z. B. die Verwendung von Gerste für die Schweineaufzucht nur zu einem Fünftel in Fleisch umgesetzt wird, so ergibt sich, welcher großer Verlust eintritt, wenn nicht die Gerste so weit wie irgend möglich direkt der menschlichen Ernährung zugeführt wird. Die Eingriffe in die Viehhaltung sind deshalb, so schwer sie im einzelnen den Landwirt treffen mögen, leider ein Gebot der Notwendigkeit geworden, weil an erster Stelle zu entscheiden ist, wie wir am zweckmäßigsten unsere Volksernährung sicherstellen.

Im Kriegsernährungsamt sind nun Erwägungen angestellt, ob nicht, wenn künftig ein Herausgehen der Brottration möglich ist und die Kartoffelversorgung umfangreicher eintritt, die Fleischration auf den alten Stand zurückgesetzt werden könnte. Dabei wurde angeregt, daß eine kleinere Kommission von den Mitgliedern des parlamentarischen Beirats für Volksernährung Einsicht in die Verhältnisse der Landwirtschaft nehmen möge, um die Wirkungen der getroffenen Maßnahmen nachzuprüfen. Das Programm der Reise wurde so aufgestellt, daß möglichst die für jeden Landesteil typischen Bezirke der Viehwirtschaft ausgewählt wurden. Der erste Teil der Reise, der vom 4. bis 12. Juni angelegt war, umfaßte Bezirke in Posen, Westpreußen, Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Königreich Sachsen und Thüringen. Die Beobachtungen auf dieser Reise sollen hier in einer kurzen Uebersicht dargelegt werden.

Posen zeigte im wesentlichen einen recht ungünstigen Stand der Viehhaltung, fast allgemein schlecht genährtes, abgemagertes Vieh, das für Schlachtzwecke als ungeeignet bezeichnet werden mußte. Die großen Güter zeigten eine verhältnismäßig schwache Viehhaltung und abgesehen von einigen Ausnahmen gewann man auch den Eindruck einer sehr schlechten Bewirtschaftung der Güter. Auch die Kleinbetriebe boten keinen anderen Eindruck, nur einige wenige Ansiedlungsgüter machten

eine Ausnahme und zeigten Ordnung und eine gute Pflege des Viehes. Besser gestalteten sich die Verhältnisse in den Regeniederungen nach Westpreußen hinüber, wo auf der Weide ein gutgenährter Viehstand sich präsentierte. Die Weiden sind so reichlich, daß hier noch weitere Viehbestände aufgestellt werden können.

In der Provinz Brandenburg sind in den Kreisen Westhavelland und Ruppiner sehr viele landwirtschaftliche Betriebe, die reichlich Milchvieh halten. Es sind die Bezirke, die den Milchbedarf Berlins decken. In Friedenszeiten ist hier viel Kraftfutter verwandt, das jetzt fehlt. Dadurch ist der Viehbestand in der Ernährung zurückgegangen; gegenwärtig ist jedoch durch Grünfütterung eine Besserung herbeigeführt. Die Aufbringung des Schlachtviehes hat dazu geführt, daß in einigen Fällen bereits unangenehm in die Bestände der Milchkuhe eingegriffen wurde. Damit würde die Milchversorgung in Gefahr geraten, eine recht unerfreuliche Wirkung. In der Ost- und West-Preignitz sind günstige Viehweiden vorhanden, die einen prächtigen Viehbestand aufweisen.

Schleswig-Holstein gehört mit zu den besten Bezirken für unsere Viehhaltung, weil es außerordentlich günstige Weide bietet. Die Viehzüchter machten hier geltend, daß die Abgabe von Vieh zu einem ungünstigen Zeitpunkt kommt, da die Weide erst begonnen und im Herbst das Vieh ausgemästet zur Schlachtung kommen kann. Die Sammelstelle des Viehverbandes in Husum zeigte deshalb auch ein sehr minderwertiges Vieh, es waren Bestände, die bei ungünstiger Fütterung im Winter durchgehalten waren, und eigentlich erst für den Weidegang in Betracht kamen.

In der Provinz Sachsen wurde ein Bezirk besichtigt, in dem Weidebetrieb üblich ist, und in Friedenszeiten nach dem Weidegang das Vieh in Stallmast gegeben wird. Für diese Mast wurden die Rückstände aus den Zuckerfabriken verwendet. Von diesen Betrieben wurde sonst sehr viel Magervieh aufgekauft, gegenwärtig ergeben sich hierfür große Schwierigkeiten, da die Preise für Magervieh außerordentlich in die Höhe gegangen sind. Die Viehbestände in den Weidebezirken zeigten im allgemeinen einen guten Ernährungszustand.

Sehr günstig repräsentierte sich die Viehsammelstelle in Leipzig. Besonders zeigten die Anlieferungen aus Thüringen außerordentlich gute Viehbestände. In der Umgegend der Großstädte widmet sich die Landwirtschaft viel der Milchviehhaltung, die gegenwärtig durch gute Klee- und Heufütterung ganz günstige Milchträge aufwies. Weidegang ist hier nicht üblich, die Stallfütterung, Verwendung von Rübenschnitzeln und Rübenblättern im Winter, sind die Futterbestände, auf die in der Rindviehhaltung verwiesen wird. Natürlich wird auch hier darüber geklagt, daß in diese Viehbestände eingegriffen wird.

Einen günstigen Eindruck gewährte die Viehhaltung in den Thüringischen Staaten. Man gewann den Eindruck, daß in diesen zum Teil sehr kleinen landwirtschaftlichen Betrieben mit besonderer Sorgfalt das Vieh aufgezogen wird. Allerdings ergibt sich auch die größte Erschwernis zugleich in der Durchführung der Abgabe des Viehes, weil der kleine Betrieb mit zwei und drei Kühen schwer getroffen wird, wenn der Abgabepunkt durchgeführt wird. Dazu kommt, daß für diese Betriebe die Kuh auch als Spannvieh unentbehrlich wird.

Bei allen Besichtigungen war zu erkennen, daß zunächst auf die Viehbestände zurückgegriffen wurde, die sich im Alter von 1 und 2 Jahren befanden.

in bebauten Grundstücken an erster Stelle mit 5 bis 6 Proz. und an zweiter Stelle mit 6 bis 7 Proz. angelegt. Diese unproduktive Verschuldung konnte nur mit Hilfe der Mietsteigerungen verwirklicht werden. Der durchschnittliche Mietwert einer Berliner Wohnung stieg von 451 Mk. im Jahre 1870 auf 757 Mk. im Jahre 1875. Unter dem Druck der im Jahre 1873-74 einsetzenden Bautätigkeit ging er auf 706 Mk. im Jahre 1877 und auf 606 Mk. im Jahre 1880 zurück. Für die Jahre 1870-75 ergibt sich eine Mietsteigerung von 68 Proz. und für die Jahre 1871-73 eine solche von 27 Proz. Die lobnende Neubautätigkeit setzte dann auch mit dem Jahre 1873 ein, in dem die Wohnungen in Berlin um 8313 vermehrt wurden; sie erreichte ihren Höhepunkt mit einem Zuwachs von 20 008 Wohnungen im Jahre 1875, um dann allmählich auf 6200 Wohnungen im Jahre 1880 herabzugehen. Um diese Bautätigkeit zur Entwicklung zu bringen, d. h. um von 1873-1880 etwa 100 000 Wohnungen zu errichten, die normalerweise ein Kapital von plus-minus 600 Millionen Mark erfordern, war es nötig, zunächst 700 Millionen Mark als völlig unproduktives Verschuldungskapital in den Boden rinnen zu lassen.

Folgerichtig fordert Wagner als notwendige Ergänzung der organisatorischen Maßnahmen zur Hebung und Förderung der Wohnungsproduktion durch die Sicherung der Kapitalzufuhr zur Bauwirtschaft Maßregeln, die der Baupreissteigerung entgegenwirken. Als unbedingt erforderlich ergibt sich vor allem eine Neuorganisation der Baubetriebe. Schon in den Jahren vor dem Kriege ist in den meisten Großstädten und Industriezentren eine ungemein scharfe Baumarcktcrise die Folge der Auslieferung des Wohnungsbaues an eine ungezügelt spekulierende Hand gewesen, die Wiederaufnahme jenes zusammengebrochenen Systems erweist sich besonders auf dem Gebiete des Kleintwohnungsbaues als gänzlich unmöglich. Alle diese Verhältnisse zwingen die Unterstellung der gesamten Wohnungs-Neubauproduktion unter die Kontrolle der Gemeinden.

Berlin, den 19. Juni 1917.

Julius Kaliski.

Kriegsfürsorge.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Celle.

Vom Gewerkschaftsverband in Celle wird uns geschrieben: In einem Artikel in Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ werden einige Auszüge aus einem Bericht wiedergegeben, den die Berufsberatungsstelle für Kriegsbeschädigte in Celle an die aufsichtführende Behörde erstattet hat. Im Anschluß an diesen Bericht werden in dem Artikel bestehende Mängel in der Kriegsbeschädigtenfürsorge einer Kritik unterzogen, z. B. die Vorenthaltung des Lazarettbogens usw. Der Bericht der Berufsberatungsstelle war ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich eine Information an die aufsichtführende Behörde. Neben der allgemeinen Tätigkeit der Berufsberatungsstelle sollte die Behörde auch auf die bestehenden Mängel aufmerksam gemacht werden, immerhin ist es von allgemeinem Vorteil, daß der Bericht seinen Weg auch in das „Correspondenzblatt“ gefunden hat. Gegen eine Stelle des Artikels müssen wir jedoch Einspruch erheben. Es heißt da nämlich: „Aus diesem Bericht geht zunächst hervor, daß zwar ein Arbeitersekretär als Berufs-

berater mittätig ist, die Arbeitnehmervertreter der einzelnen Berufe jedoch an der Berufsberatung nicht beteiligt sind. Sachleute werden nach Gutdünken gelegentlich befragt.“ Dazu haben wir zu bemerken, daß in Celle für alle Berufe, die in unserer kleinen Stadt vorherrschend sind, Berufsberater von den Gewerkschaften, also Arbeitnehmervertreter, gestellt sind und diese auch bei der Berufsberatung mitwirken. Das sagt der angezogene Bericht mit den Worten: „Mit Hilfe Sachverständiger wurde geprüft, ob eine Notwendigkeit, den Beruf zu wechseln, vorlag oder nicht.“ In dem Artikel des „Correspondenzblattes“ wird das mit ähnlichen Worten auch wiederholt, der Schreiber des Artikels hat es bei seiner Kritik anscheinend aber übersehen. Daß die Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter nicht eingehend in dem Bericht erörtert wurde, lag an seiner Natur sowie an der in Celle geltenden Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiter bei der Berufsberatung mitzuwirken haben. Im übrigen können wir die Tendenz des Artikels nur begrüßen.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Kupferschmiede, die bei Kriegsausbruch 5507 Mitglieder betragen hatte, dann bis zum Jahreschluß 1915 auf 3215 Mitglieder zurückging, ist bis zum Schluß des Jahres 1916 wieder auf 3378 Mitglieder gestiegen. Die starke Nachfrage nach brauchbaren Arbeitskräften hat, trotz des Mangels an rotem Material, unvermindert angehalten. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am Jahreschluß nur 0,2. Ueberaus schnell und sicher hat sich das Gewerbe mit den verschiedenen Ersatzmetallen abgefunden. Unter so günstigen Verhältnissen war es daher auch möglich, die im Laufe des Jahres geführten Bewegungen zur Erhöhung der Löhne oder der Teuerungszulagen zu einem einigermaßen günstigen Abschluß zu bringen. Nur für die Berfen läßt sich dies nicht im vollen Umfange sagen. Die im Laufe des Jahres geführten Tarifbewegungen in Berlin, Chemnitz und Rostock führten zur Erneuerung bereits früher abgeschlossener Tarifverträge und trat eine Steigerung des Verdienstes von 4-14 Mk. die Woche ein.

Die Klassenverhältnisse des Verbandes sind sehr günstig. Wohl sind die Einnahmen aus den ordentlichen Beiträgen wiederum etwas zurückgegangen, doch wird dies durch die höheren Einnahmen aus den seit Kriegsausbruch erhobenen Extrabeiträgen wieder wettgemacht. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben haben betragen:

	Einnahmen	Ausgaben
Im Jahre 1914 . . .	213 583 Mk.	192 382 Mk.
„ „ 1915 . . .	220 892 „	199 168 „
„ „ 1916 . . .	224 240 „	181 893 „

Die den Mitgliedern statutengemäß zustehenden Unterstützungen, die während der ganzen bisherigen Kriegsdauer unverändert beibehalten wurden, sowie eine auf Grund von Extrabeiträgen eingeführte Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer erforderten:

Im Jahre	Verbandsunterstützung	Familienunterstützung	Zusammen
1914	79 292 Mk.	48 316 Mk.	127 608 Mk.
1915	29 765 „	111 979 „	141 743 „
1916	29 574 „	86 890 „	116 264 „

Diese Bestände sind stark dezimiert. Will man die Viehhaltung vermindern, so sind das die Viehbestände, auf die zunächst zurückgegriffen werden muß. Was die Schweinehaltung anbetrifft, so ist der Mangel an Kartoffeln und Gerste bestimmend gewesen, die Zahl der Schweine erheblich herabzusetzen. Die hohen Preise für Ferkel deuten aber darauf hin, daß die Nachfrage erheblich sein muß, und sollten wir das Glück haben, eine gute Kartoffelernte einzubringen, so werden die Schweinebestände sehr schnell wieder in die Höhe gehen. Nur müssen wir uns vor der Gefahr sichern, daß für die menschliche Ernährung der Bedarf nicht gedeckt wird. Auf dieses Niveau muß die Schweinehaltung herabgedrückt werden, weil wir sonst aus den Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung nicht herauskommen. Man gewann den Eindruck, daß die Organisation in der Viehwirtschaft etwas beweglicher gestaltet werden müsse, es würde sich sehr empfehlen, das in besserem Ernährungszustand befindliche Vieh auf den Weiden für die Abzucht heranzuziehen, und Magervieh an Stelle dessen aufzustellen. Der gegenwärtige Zustand, daß Vieh in einem sehr schlechten Ernährungszustand abgeschlachtet, und das Weidewiege geschont wird, erscheint wenig zweckmäßig. Die Städte, die in Gefrierhäusern Fleischreserven ansammeln, sollten dazu übergehen, diese Fleischreserven zur Abgabe zu bringen, und das schlechte Schlachtvieh auf die Weide geben, damit die Tiere zu Fleisch kommen. Welche Maßnahmen weiter ergriffen werden müssen, ob die bisherigen Abschlächtungen aufrechtzuerhalten sind, darüber zu entscheiden wird es notwendig sein, noch die Ergebnisse der Viehzählung vom Juni zur Hand zu haben. Sicher darf eine Aenderung in der Versorgung nur dann eintreten, wenn ganz sicher auf anderem Gebiet der nötige Ersatz vorhanden ist.

Die Reise bot einen sehr interessanten Einblick in die verschieden gestalteten Wirtschaftsverhältnisse der einzelnen Bezirke, nicht minder ließ sie auch die außerordentlichen Erschwernisse, die gegenwärtig den landwirtschaftlichen Betrieben auferlegt werden, erkennen. Die Arbeit ist enorm groß und überall ertönt die Klage, daß es an nötigen Arbeitskräften fehlt. Am schwersten hat der Kleinbesitz unter dieser Ungunst der Verhältnisse zu leiden, man traf sehr viele Betriebe an, in der die Frau die ganze Last der Bewirtschaftung übernehmen mußte. Daß dabei nicht immer die Produktion auf der Höhe steht, ist selbstverständlich und die Sehnsucht nach geordneten und ruhigen Verhältnissen ist hier nicht minder groß als unter der städtischen Bevölkerung.

R. Schmidt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kapitalmarkt und Wohnungsbau. — Ausschließung unproduktiver Ansprüche. — Lehren der Grundstückskrise nach 1870. — Förderung der Neubautätigkeit. — Aufgaben der Gemeinden. — Begrenzung der Mietpreise. — Erhöhung der Mieten und Ausgleichsmöglichkeiten.

Ende 1916 betrug bei 36 Hypotheken-Aktienbanken der Hypothekenbestand 11,50 Milliarden Mark, die preussischen Sparcassen hatten einen Hypothekenbestand von 8,50, die deutschen Versicherungsgesellschaften von 5,50 Milliarden Mark. Dabei handelt es sich um erstklassige Hypotheken, die noch von einer ganzen Reihe anderer Institute und schließlich auch von privaten Kapitalisten gegeben zu werden pflegen. Alljährlich fließen dem städtischen Real-

Kredit in den Jahren 1908—1911 im Durchschnitt 1000—1200 Millionen Mark zu. Diese Ziffern lassen erkennen, welche gewaltigen Anforderungen an den Kapitalmarkt für Bauzwecke nach dem Kriege herantreten werden, nachdem der Wohnungsbau in der Kriegszeit außerordentlich stark eingeschränkt worden ist oder gar völlig aufgehört hat. Werden die Geldansprüche schon für die Zwecke von Neu- und Umbauten enorm sein, so ist eine weitere Steigerung noch dadurch zu erwarten, daß große Beträge an Hypothekenforderungen, die in den Kriegzeiten fällig waren, aber nicht zur Einlösung gelangten, nun ihre Erledigung erheischen. Alle diese Umstände zwingen dazu, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel zweckmäßig und planvoll zu verteilen.

Mit starken Beweisgründen betont Dr. -Ing. Martin Wagner in einer kürzlich erschienenen Schrift „Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten in und nach dem Kriege“, Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart, daß es zunächst darauf ankommt, die Kapitalbedarfsansprüche als solche auf ihren allgemeinen volkswirtschaftlichen Wert hin zu prüfen und völlig unproduktive Ansprüche von der Befriedigung auszuschließen. Läßt sich die Entwicklung des Wohnungsmarktes nach dem Kriege von 1870/71 aus vielen Gründen mit den gegenwärtigen Verhältnissen in keinen Vergleich stellen, so ist gerade die Unterscheidung der Grundlagen der Wohnungskrisen, der damaligen und der jetzt auftommenden, besonders lehrreich. Wagner weist darauf hin, daß die Wohnungskrise der 70er Jahre in ihrem Ursprung und ihrer Entwicklung nicht unter dem Zeichen des Kapitalmangels stand. Zwar hielt sich der Zinssatz für erste Hypotheken unter dem Einfluß der 5prozentigen Kriegsanleihe des Jahres 1866 von diesem Jahre ab bis 1879 auf über 5 Proz., aber zu diesem Zinssatz war reichlich Hypothekarkredit zu haben, ein Zustand, zu dem nicht unwesentlich die 5 Milliarden der französischen Kriegsschädigung beitrugen. Woran lag es nun, daß es trotz dieser für jeden Bauplatz sehr günstigen Wirtschaftsverhältnisse im Jahre 1871/72 noch nicht zum Bauen kam, fragt Wagner, obgleich in diesen beiden Jahren die Stadt Berlin — um das markanteste Beispiel herauszunehmen — ohne Vororte sich um 85 494 Köpfe vermehrte? Die Antwort auf diese Frage findet und gibt er in den folgenden Zahlen, die sich auf den Umsatz und die Verschuldung der bebauten Grundstücke beziehen:

Im Jahre 1872 gingen 3735 bebauten Grundstücke, deren Feuerversicherung nur 41 Proz. des Kaufpreises betrug, durch Besitzwechsel in fremde Hand über. Im Jahre 1867 betrug dieser Umsatz nur 10 Proz. der obigen Zahl und die Feuerversicherung 59 Proz. des Kaufpreises. Es wurden also im wesentlichen bebauten Grundstücke umgesetzt, die für Kapitalanlagen oder besser: für unproduktive Verschuldungen reichlichen Spielraum boten. Die Verwirklichung der Spekulationsgewinne war zudem bei den bebauten Grundstücken weit schneller möglich als bei den unbebauten. Der reichlich zur Verfügung stehende Realkredit wurde daher der Neubautätigkeit entzogen und der unproduktiven Verschuldung zugeführt. Die gesamte Grundstücksverschuldung stieg in Berlin im Jahre 1872 um 25 Proz. und 1873 um 22 Proz., und zwar von 1871 auf 1872 um 238 Millionen Mark, wovon auf Neubauten nur etwa 25—30 Millionen Mark entfielen. Die unproduktive Verschuldung in Berlin läßt sich für die Jahre 1870—1875 auf rund 700 Millionen Mark schätzen. Dieses Kapital wurde

Ungerechnet sind hier die Beträge, die noch aus lokalen Mitteln für die verschiedenen Unterstützungs-zwecke ausgegeben wurden.

Das Vermögen des Verbandes beträgt am Jahreschluß in der Hauptkasse 219 723 Mk., in den Bezirks- und Lokalkassen 73 274 Mk., zusammen also 292 997 Mk. Es ist im Berichtsjahre um 42 847 Mk. gestiegen.

Der Centralverband der Maschinen und Heizer hatte im 1. Quartal 1917 eine Einnahme von 50 882 Mk. aus Mitgliederbeiträgen. Die Gesamteinnahme betrug 52 928 Mk. gegen 42 471 Mk. Gesamtausgaben, so daß ein Ueberschuß von 10 455 Mk. zu verzeichnen ist. Unter den Ausgaben befinden sich 713 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 6871 Mk. für Krankenunterstützung, 4665 Mk. für Sterbegeld, 2864 Mk. für außerordentliche Unterstützungen und 760 Mk. für Lohnbewegungen und Streiks. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 7171, davon waren 22 arbeitslos.

Der Verband der Tapezierer berichtet über das Jahr 1916: Das Tapezierergewerbe leidet insofern unter den Kriegswirkungen besonders schwer, weil die private Bautätigkeit fast völlig zum Stillstand gekommen ist und in der vorwiegend dem Luxus dienenden Möbelindustrie die Aufträge fehlen. Trotz des Stagnierens des Tapezierergewerbes besteht unter den Verbandsmitgliedern keine Arbeitslosigkeit, da von den männlichen Mitgliedern fast die Hälfte, von den weiblichen weit über die Hälfte in der Rüstungsindustrie Arbeit gefunden hat, vorwiegend in der Militärsattlerei und dem Flugzeugbau. Dadurch ist trotz der schwierigen Lage des Gewerbes die Arbeitslosigkeit bis zum Jahreschluß auf 1 Proz. gesunken und beträgt zurzeit nur noch 0,3 Prozent. Die Mitgliederzahl, die bei Kriegsausbruch 10 265 betrug, ist auch 1916 weiter gesunken und beträgt am Jahreschluß 2074, darunter 285 weibliche Mitglieder. Die ersten Monate 1917 brachten einen bescheidenen Zuwachs, so daß das erste Quartal 1917 mit 2143 Mitgliedern abschloß. Die Agitation leidet stark unter der Abwanderung der tatkräftigsten Mitglieder in die besser zahlende Kriegsindustrie. Bei der fast überall regen Nachfrage nach Arbeitskräften ließen sich die Löhne auch im Tapezierergewerbe durch Teuerungszulagen wirksam erhöhen. Eine vom Verbandsvorstand angestrebte zentrale Regelung der Teuerungszulagen für das ganze Verbandsgebiet scheiterte zwar am Widerstand der Unternehmerorganisationen, doch wurden in den örtlich geführten Unterhandlungen, oder wo solche nicht zustande kamen, durch direkte Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern, entsprechende Zulagen durchgesetzt. In Berlin und anderen größeren Orten stiegen die Löhne um durchschnittlich 50 Proz. Die ablaufenden Tarifverträge wurden fast in allen Orten um ein Jahr verlängert. Für die zahlreichen in der Kriegsindustrie beschäftigten Mitglieder gelang es vor allem im Flugzeugbau, die Löhne und Teuerungszulagen gemeinsam mit den anderen beteiligten Gewerkschaften entsprechend zu erhöhen, so daß durchschnittlich etwa 1,40 bis 1,50 Mk. für die Stunde bezahlt wird; bei Akkordarbeit sind die Löhne etwas höher. Den etwa 300 in der Militärsattlerei beschäftigten Mitgliedern kamen die Verbesserungen des vom Sattlerverband abgeschlossenen Tarifvertrages zugute. Die Löhneverhältnisse sind günstig, wenn auch im Jahre 1916 die Einnahmen auf 96 514 Mk. zurückgingen. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1916 281 549 Mk., davon 108 278 Mk. in den Lokalkassen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarif- und Lohnbewegungen.

Zwischen dem Ueberschuss-Ausschuß der Schuhindustrie Berlins und dem Centralverband der Schuhmacher Deutschlands (Sitz Nürnberg), dem Centralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands (Sitz Frankfurt a. Main) und dem Gewerbeverein der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (Hirsch-Dunder) ist, datiert vom 9. Juni 1917, ein eingehender Tarifvertrag abgeschlossen worden, der die Preise für Militärschuhwerk regelt.

In Anwesenheit von Vertretern der Textilarbeiter-Verbände hat der Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie über Lohnerhöhungen in diesem Industriezweig verhandelt. Es war beim Kriegsausschuß eine Preiserhöhung beantragt, die der Industrie die Möglichkeit geben sollte, die Löhne der Arbeiterschaft den heutigen verteuerten Lebensbedingungen anzupassen. Das Ergebnis ist die Verständigung über eine Preiserhöhung, die eine Lohnerhöhung von 25 bis 40 Proz. bedeuten würde. Die Preiserhöhungen sind also nicht für die eigenen Taschen der Unternehmer bestimmt. Die Erhöhung soll vielmehr den Arbeitern zugute kommen. In diesem Sinne nahm die Versammlung die Vorschläge am Schluß der Beratung einstimmig an.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Rassenbericht vom 1. Quartal 1917.

Einnahme.

Rassenbestand vom 4. Quartal 1916	7761,20 Mk.
6507 Mitgliederbeiträge	89 042,— "
Zinsen	16 158,75 "
Summa	62 962,07 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	571,20 Mk.
Witwenunterstützungen	29 680,05 "
Waisenerunterstützungen	400,05 "
Invalidenunterstützungen	8 025,— "
Sterbegeld an: Friedrich	200,— "
" " Beyler	200,— "
" " Grimm	200,— "
" " Jahn	200,— "
" " Müller	200,— "
" " Münzer	200,— "
" " Pachna	200,— "
" " Ostkamp	200,— "
" " Spieß	200,— "
Postschickgebühren	41,48 "
Versicherungsbeiträge	52,02 "
Bureaubedarf	60,75 "
Rassenverwaltung	360,— "
Porto	95,96 "
Bankguthaben	7 079,75 "
Rassenbestand	14 845,86 "
Summa	62 962,07 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.

Die Revisoren:

Franz Stahl Gustav Reinte.